

Organspender zu gewinnen, soll diese Maßnahme zu größerer Rechtssicherheit auf Seiten der Ärzteschaft und zu einem geordneten Verfahren beitragen. Insbesondere will China dem wachsenden Kommerzialisierungsdruck entgegentreten, der zu einem „Organtourismus“ beiträgt, von dem wohlhabende In- und Ausländer, z.B. aus Japan, den USA oder Israel, profitieren, die lediglich aufgrund ihrer Zahlungskraft Spenderorgane erhalten.

In den 32 Artikeln der Regularien werden der Organhandel und die unerlaubte Entnahme von Organen unter Strafe gestellt. Dazu zählen der Entzug von Lizenzen und Strafgebühren in bis zu zehnfacher Höhe der illegalen Einkünfte. Die Organspende wird unter den Grundsatz der Freiwilligkeit und unter medizinische Aufsicht gestellt. Das „Hirntodkriterium“ wird anerkannt (Xinhua, 28.4.07); potenzielle Spender dürfen jedoch erklären, ob und in welchem Umfang sie zur Organspende bereit sind und ob sie nach dem „Hirntod“ oder, wie traditionell weitgehend üblich, nach dem „Herzod“ als Spender zur Verfügung stehen wollen. Ebenfalls wird die Lebendspende für Personen ab dem 18. Lebensjahr geregelt.

Im gleichen Zeitraum verstärkt die politische Führung ihre Kampagne zur Organspende. Das Gesundheitsministerium rief die Bevölkerung am 10. April 2007 zu freiwilligen Spenden auf, um der schwerwiegenden Knappheit von transplantationsfähigen Organen zu begegnen.

Nach Schätzungen chinesischer Ärzte finden in China pro Jahr ungefähr 10.000 registrierte Transplantationen statt. Das ist zwar die höchste Zahl im weltweiten Ver-

gleich. Der Bedarf liegt jedoch bei ca. 1,5 Mio. Die Infrastruktur weist weiterhin erhebliche Mängel auf. So gibt es kein landesweites zentrales Organregister. Kürzlich hatten deutsche Ärzte den Zusammenhang zwischen vertrauensbildenden Strukturen und Spenderaufkommen betont und dabei auf das Beispiel des Systems in Spanien verwiesen.

Angesichts der Probleme bei der Umsetzung gesetzlicher Maßnahmen in China bleibt die Frage der Akzeptanz der Regularien trotz ihres hochrangigen politischen Status und ihrer Strafbewährung bis auf Weiteres offen. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch betonte, „Regularien sind kein Ersatz für ein offenes und transparentes System“. (XNA, 22.3.07; SCMP, 23.3., 11.4.07; WSJ, 6., 7.4.07; ST, 8.4.07; „Freiberuflichkeit statt Fremdbestimmung“, Rede des Präsidenten der Bundesärztekammer vom 15.5.2007, Jörg-Dietrich Hoppe, zur Eröffnung des 110. Deutschen Ärztetages in Münster, <http://www.bundesaeztekammer.de>) (Ole Döring)

Außenwirtschaft

Margot Schüller

USA und China: 2. Strategischer Wirtschaftsdialog

Mitte Mai 2007 reiste die stellvertretende Ministerpräsidentin Wu Yi mit einer Delegation in die USA, um dort die zweite Runde des so genannten „Strategischen Wirtschaftsdialogs“ mit Vertretern der US-Regierung zu führen. In ihrer Funktion als

Sonderbeauftragte des chinesischen Staatspräsidenten Hu Jintao traf Wu Yi mit Finanzminister Henry Paulson zusammen. Dieser vertrat als Sonderbeauftragter den US-Präsidenten Bush und charakterisierte den strategischen Wirtschaftsdialog als Forum „... to manage that relationship on a long-term strategic basis, for our mutual benefit, and to work towards near-term agreements that build confidence on both sides.“ (XNA, 23.5.07)

Paulson betonte die Bedeutung des Dialogs als Weg, um durch Diskussionen die Spannungen abzubauen. Wu Yi hob in ihrer Eröffnungsrede ebenfalls die Notwendigkeit hervor, das gegenseitige Verständnis zu verbessern und Vertrauen aufzubauen. Sie warnte gleichzeitig davor, Wirtschafts- und Handelsfragen zu politisieren. So sollte keine Seite die andere für die eigenen Probleme im Inland verantwortlich machen oder die eigene Sichtweise durch Druck der anderen Seite aufzwingen.

Der erste strategische Wirtschaftsdialog war im Dezember 2006 abgehalten worden. Die diesmal diskutierten Themen unterschieden sich allerdings kaum von den Themen des letzten Treffens, obwohl den Reformen im chinesischen Finanzsektor ein starkes Gewicht eingeräumt wurde. Schwerpunkte waren die US-Forderung nach stärkerer Flexibilität des chinesischen Währungssystems mit einer Aufwertung des Renminbi, die unzureichende Durchsetzung der geistigen Eigentumsrechte (intellectual property rights bzw. IPR), die Umsetzung der Verpflichtungen als WTO-Mitgliedsland, Zugang zum chinesischen Finanzsektor, Aufhebung der Importrestriktionen von US-amerikanischen Agrarpro-

dukten sowie von Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen bei der Einfuhr von Umweltgütern und -dienstleistungen.

Als ein Grund für das US-Defizit im Handel mit China gilt die angeblich unterbewertete Währung, die den chinesischen Exporteuren nach Einschätzung der US-Seite einen unfairen Vorteil auf dem US-Markt verschafft. Auch während des diesjährigen Treffens machte die chinesische Seite keine Zugeständnisse, das Währungssystem zu verändern bzw. eine drastische Aufwertung durchzuführen. Paulson wies am Ende des Treffens jedoch darauf hin, dass die chinesische Regierung die Notwendigkeit größerer Wechselkursflexibilität bestätigt hätte. Kurz vor dem Treffen hatte die chinesische Zentralbank angekündigt, die tägliche Schwankungsbreite für den Renminbi im Devisenhandel weiter zu erhöhen.

Die Erwartungen der chinesischen Seite betrafen vor allem die Lockerung der Exportkontrolle bei Hightechprodukten nach China. So hatte Chinas stellvertretender Handelsminister Ma Xiuhong die US-Regierung während der „Einkaufsreise“ einer chinesischen Delegation in San Francisco vor Beginn der bilateralen Verhandlungen aufgefordert, die Kontrolle über die Ausfuhr dieser Produkte für die zivile Nutzung sowie die Ausstellung von Aufenthaltsgenehmigungen für chinesische Unternehmen weiter zu erleichtern.

Auch Wu Yi wies auf die zentrale Rolle des Hightechhandels für das Defizit der USA hin. So sei der Anteil der Hightechexporte der USA von 18,3% im Jahre 2001 auf 9,1% im Jahre 2006 gefallen. Wäre diese Entwicklung nicht eingetreten, dann

wären die US-Exporte um 70 Mrd. USD höher ausgefallen.

Während der Delegationsreise wurden insgesamt 27 Vereinbarungen über den Kauf von US-Technologie mit einem Wert von rd. 4,3 Mrd. USD abgeschlossen. Die meisten Vereinbarungen erfolgten mit Computer-, Software- und Telekommunikationsunternehmen wie Microsoft, Oracle und Hewlett-Packard. In den US-Medien wurden diese Vereinbarungen allerdings kritisch mit dem Hinweis kommentiert, dass diese Güter sowieso von China importiert worden wären und es sich bei der Einkaufstour lediglich um eine PR-Übung handelte. Eine weitere Forderung Chinas ist die Anerkennung als Marktwirtschaft, die in Antidumpingverfahren im Gegensatz zum Status einer „kontrollierten Wirtschaft“ den Nachweis niedriger Herstellungskosten erleichtert.

Zu den konkreten Ergebnissen des Treffens zählen bestimmte Marktöffnungsschritte im Finanzsektor. So betrifft dies die Ausweitung der Aktivitäten ausländischer Wertpapierunternehmen einschließlich Maklergeschäften und Fondmanagement. In der zweiten Jahreshälfte sollen zudem neue ausländische Wertpapierunternehmen zugelassen und lizenziert werden. Die chinesische Seite erklärte sich bereit, die Quoten für sogenannte Qualified Foreign Institutional Investors (QFII) von 10 Mrd. USD auf 30 Mrd. USD anzuheben. Weiterhin sollen ausländische Banken unter eigenem Namen renminbidominierete Kredite und Kreditkarten anbieten können.

Beide Seiten erklärten sich außerdem zu weiteren Liberalisierungsschritten bei

Dienstleistungen im Luftverkehr bereit und unterzeichneten eine Absichtserklärung über Verhandlungen zur Erleichterung der Einreise chinesischer Touristengruppen. Bei der Diskussion um die bessere Durchsetzung der IPR wurde kein konkretes Ergebnis erzielt, obwohl beide Seiten sich auf einen besseren Informationsaustausch über sichergestellte Produktfälschungen und auf einen Dialog ihrer Zollbehörden verständigten.

Sowohl Paulson als auch Wu Yi bezeichneten in ihren Abschlusserklärungen die Gespräche als sehr erfolgreich, obwohl für viele bilaterale Konflikte in den Außenwirtschaftsbeziehungen keine sofortigen Lösungen erreicht werden konnten. Die nächste Runde des Strategischen Dialogs wurde für Dezember 2007 beschlossen.

Den vorläufigen Höhepunkt stellt dabei die Beschwerde der USA gegen die IPR-Verletzungen bei der WTO dar. (BBC, PF, 10.5.07; XNA, 23. und 26.5.07; The Straits Times Interactive, 11.5. und 23.5.07; SCMP online, 24. und 26.5.07;)

USA reichen Beschwerden bei WTO gegen Chinas IPR-Verletzungen ein

Anfang April kündigte die US-Regierung an, dass sie vor der Welthandelsorganisation (WTO) verschiedene Klagen gegen die Verletzung von geistigen Eigentumsrechten (IPR) durch China einreichen wird. Die US-Handelsbeauftragte Susan Schwab kommentierte die Entscheidung mit dem Hinweis darauf, dass Produktpiraterie und Produktfälschung ein nicht akzeptierbares hohes Ausmaß erreicht hätten und dass nunmehr Aktionen notwendig

seien, um US-Unternehmen weitere Verluste zu ersparen. Schwab betonte jedoch, dass die USA auch während des WTO-Streitschlichtungsverfahrens weiter offen für eine umfassende Lösung des Konflikts bleiben würden.

Das erste Verfahren stellt eine Beschwerde gegen die unzureichende Verfolgung von IPR-Verletzungen durch die chinesische Regierung dar. Dies wird ein erstes derartiges Verfahren sein, in dem die Durchsetzung von IPR, die relativ schwer zu messen ist, im Mittelpunkt der Beschwerde steht.

Eine Forderung der US-Seite wird beispielsweise sein, dass bei der Strafverfolgung die Zahl der gefälschten CDs keine Rolle spielen darf. Wird bisher eine Person mit weniger als 500 CDs angetroffen, dann gilt dies nach der aktuellen Rechtsprechung nicht als kriminelles Delikt. Sowohl die Distribution als auch die Herstellung von gefälschten Produkten soll nach den Vorstellungen der US-Seite illegal sein.

Im Mittelpunkt des zweiten Verfahrens steht der Vorwurf, dass durch Barrieren der Verkauf von in den USA produzierten Filmen, Musikstücken und Büchern in China blockiert werde. So wird der Verkauf über die staatliche Importkontrolle reglementiert, die von chinesischer Seite als notwendige Zensur dargestellt wird. Das Verfahren zielt nicht auf die Aufhebung der Restriktion der chinesischen Regierung, lediglich 20 ausländische Filme pro Jahr zuzulassen.

Obwohl auch andere US-Industrien über IPR-Verletzungen berichten, insbesondere die Pharmaindustrie sowie die Industrie für Kfz-Teile, sind diese nicht in den

zwei Verfahren vertreten.

Der Schaden, der durch die Verletzung von IPR für die US-Filmindustrie entsteht, wird als sehr hoch eingeschätzt. Nach Angaben der Motion Picture Association gingen im Jahre 2005 90% des potenziellen chinesischen Filmmarktes durch Produktpiraterie verloren. Länder, in denen eine ähnliche Situation besteht, sind Russland, Thailand und Ungarn (79% bzw. 75% des potenziellen Filmmarktes), aber auch in Polen, Mexiko und Taiwan liegt die Quote über 50%.

Die Motion Picture Association beziffert den wertmäßigen Verlust für das Jahr 2005 in China auf 2,689 Mrd. USD. Hohe Verluste wurden auch für Frankreich (1,547 Mrd. USD), Mexiko (1,114 Mrd. USD), Großbritannien (1,007 Mrd. USD) sowie Russland (901 Mio. USD) geschätzt.

Mitch Bainwol, Vorsitzender der Recording Industry Association of America, begrüßte die Einleitung eines Beschwerdeverfahrens vor der WTO, da nach seiner Einschätzung IPR-Verletzungen in China weit verbreitet seien und ohne ausreichende Konsequenzen blieben: „The theft of music is pervasive in China and takes place virtually without meaningful consequence.“ (ASW, 10.4.07, S.7)

Nach den WTO-Regeln müssen beide Seiten innerhalb von 60 Tagen nach Einleitung des Verfahrens bilaterale Verhandlungen aufnehmen. Sollten die Verhandlungen scheitern, wird ein WTO-Expertenkomitee eingesetzt, um den Streit zu schlichten.

Die chinesische Regierung reagierte auf die Ankündigung, Beschwerdeverfahren bei der WTO einzuleiten, mit scharfer Kri-

tik. So bezeichnete Tian Lipu, Kommissar des State Intellectual Property Office, die US-Entscheidung als sehr unsensibel in der derzeitigen Situation. Die USA würden die enormen Anstrengungen der chinesischen Regierung und Erfolge beim IPR-Schutz ignorieren. Gerade Anfang April habe die Regierung im Rahmen des „2007 Action Plan for IPR Protection in China“ nochmals die Grenze heruntersgesetzt, bei der ein IPR-Verstoß als kriminelles Delikt gilt. Weiterhin habe China im letzten Jahr das „Programme of Action on IPR Protection“ beschlossen und in 50 Städten Zentren gegründet, die sich auf die Berichterstattung und Beschwerden zu IPR-Verletzungen konzentrieren.

Tian Lipu betonte außerdem, dass die chinesische Regierung unabhängig von der US-Beschwerde vor der WTO den IPR-Schutz verstärken und Produktpiraterie bekämpfen werde. So sei das Ziel, ein innovationsbasiertes Land aufzubauen, und der Schutz von IPR sei hierfür eine wichtige Säule.

Noch schärfer reagierte die stellvertretende Ministerpräsidentin Wu Yi. Sie sprach von einem extrem negativen Einfluss auf die Beziehungen. Auch die bilaterale Zusammenarbeit beim IPR-Schutz im Rahmen der Joint Commission on Commerce and Trade würde dadurch in Frage gestellt. Wu Yi kritisierte ebenfalls die Tatsache, dass gleichzeitig zwei WTO-Beschwerden eingereicht worden wären, dies würde dem Konsens widersprechen, Konflikte durch Dialoge zu lösen. Allerdings gestand Wu Yi auch das Problem umfassender IPR-Verletzungen in China ein: „Piracy, counterfeiting and fake products can

still be widely found. It remains cheap to infringe copyright, but costly to protect it. And public awareness of IPR protection remains weak.“ (WSJ, 7., 10.4.07; XNA, 10.4.07; BBC, PF, 10.4.07; SCMP, 25.4.07)

China setzt Devisenreserven für Einkauf bei Blackstone ein

Mit dem Kauf eines rd. 10%igen Anteils am US-amerikanischen Finanzunternehmen Blackstone hat die chinesische Regierung erstmals Devisenreserven in einem ausländischen Unternehmen angelegt. Dieser Schritt wird nicht nur unter Renditegesichtspunkten bewertet, sondern auch als Versuch, zu den internationalen Finanzinvestoren aufzuschließen.

Der chinesische Finanzminister Jin Rengqing hatte während der Tagung des Nationalen Volkskongresses (NVK) angekündigt, dass der Staatsrat die Gründung einer staatlichen Investmentgesellschaft für die Anlage von Devisenreserven genehmigt hat. Diese Investmentgesellschaft hat den Auftrag, für einen Teil der Devisenreserven die profitabelsten und sichersten Anlagemöglichkeiten zu finden. Die Gründung der staatlichen Investmentgesellschaft ist allerdings noch nicht erfolgt und wird voraussichtlich auch erst gegen Ende des Jahres stattfinden.

Für den Kauf des rd. 10%igen stimmrechtlosen Anteils an Blackstone wurden 3 Mrd. USD gezahlt. In Relation zum gesamten Devisenbestand Chinas in Höhe von rd. 1.200 Mrd. USD erscheint der Blackstone-Anteil sehr gering zu sein. Andererseits zeigt sich das enorme Potenzial für vergleichbare Aufkäufe von ausländi-

schen Finanzunternehmen.

Im Gegensatz zu den schwierigen Rahmenbedingungen beim letztlich gescheiterten Kauf des US-amerikanischen Energieunternehmens Unocal durch das chinesische Staatsunternehmen CNOOC im letzten Jahr gab es diesmal keine negativen Reaktionen von Seiten der US-amerikanischen Regierung oder Medien. Offensichtlich wird der Kauf des global bekannten Finanzunternehmens als nicht politisch sensitiv eingestuft.

Kritiker des Finanzgeschäfts in China wenden ein, dass die positiven Wirkungen dann in Frage gestellt werden könnten, wenn Blackstone die Gewinne aus dem Ankauf des Anteils für Investitionen in China verwenden würde. Damit würde die Intention der Regierung, durch Auslandsinvestitionen das Volumen der Devisenreserven zu reduzieren, konterkariert werden. Bisher hat Blackstone im Vergleich zu anderen global agierenden Finanzinvestoren wie Carlyle und TPG noch keine größeren Investitionen in China durchgeführt, plant allerdings dort derzeit die Eröffnung von zwei Niederlassungen.

Blackstone plant z.Z. seinen Börsengang und wird mit rd. 30 Mrd. USD bewertet. Das Unternehmen sagte bei den Kaufverhandlungen der chinesischen Seite zu, dass sie die Aktionen bei der Erstemission zu einem Discount von 4,5% erhalten werden. (IHT, 25./27.5.07; „Neue Regeln im Casino“, *Die Zeit*, 24.5.07)

Mehr Investitionen in Afrika

Mitte Mai fand in Shanghai das Jahrestreffen des Board of Governors der African Development Bank (ADB) Group statt. Do-

nald Kaberuka, Präsident der ADB wies dabei auf die zentrale Rolle Chinas für die Wirtschaftsentwicklung in Afrika hin.

Kaberuka zufolge wird sich der Umfang der chinesischen Investitionen in Afrika in diesem Jahr auf rd. 2 Mrd. USD erhöhen. Innerhalb der letzten sechs Jahre habe sich außerdem das Handelsvolumen zwischen China und Afrika verfünffacht.

Kaberuka betonte die dynamische Wirtschaftsentwicklung Afrikas in den letzten Jahren: „Something was happening in Africa over the past six years, which was not happening for 30 years. The economic growth picked up in an incredible way, and we are appealing to African partners to come not just for oil and gas, but for other opportunities.“ Die afrikanischen Länder, so Kaberuka, seien interessiert, mehr über die Gründe für den wirtschaftlichen Erfolg Chinas zu erfahren.

Der chinesische Zentralbankpräsident Zhou Xiaochuan nahm ebenfalls an dem ADB-Treffen teil und betonte das Interesse an engerer Kooperation der Finanzinstitutionen. Nach Angaben von Zhou wurde China im Jahre 1985 Mitglied in der ADB und stellte einen Betrag von 364 Mio. USD zur Verfügung.

Zhou kündigte an, dass vor allem kleine und mittelgroße chinesische Unternehmen dazu ermutigt werden sollen, in Afrika zu investieren.

Mitte Mai wurde ebenfalls die Gründung des China-Africa-Development-Fund vom Staatsrat genehmigt. Hierbei spielt die China Development Bank (CDB) eine Schlüsselrolle. Der CDB nach wird der Fond zunächst eine Höhe von 1 Mrd. USD haben, dann in der zweiten Phase

auf 3 Mrd. USD und schließlich auf 5 Mrd. USD aufgestockt werden. Aus dem Fond sollen Projekte in den Bereichen Landwirtschaft, verarbeitende Industrie, Energie, Transport, Telekommunikation, städtische Infrastruktur, Ressourcenerschließung und die Entwicklung chinesischer Unternehmen in Afrika gefördert werden.

Chinesischen Statistiken nach belief sich der kumulierte Wert der gesamten chinesischen Investitionen in Afrika auf 11,7 Mrd. Ende 2006. Das Handelsvolumen erreichte ein Niveau von 55,5 Mrd. USD, ein Wachstum um jährlich 30% innerhalb der letzten fünf Jahre.

Die westlichen Industrieländer warnen, dass Chinas Kreditvergabe an Afrika die Gefahr einer neuen Verschuldung der afrikanischen Länder zur Folge haben könnte. Auch auf dem G8-Gipfel wurde eine verantwortungsvolle Kreditvergabe gefordert.

In einer Presseerklärung wies der Sprecher des chinesischen Außenministeriums darauf hin, dass chinesische Kredite für Afrika keine negativen Auswirkungen hätten. So würden entweder große Projekte in Form von Schenkungen zur Verfügung gestellt oder zinslose Kredite angeboten. Bei der Kreditvergabe würden keine Bedingungen aufgestellt, und die Kredite würden im Wesentlichen für den Ausbau der Infrastruktur, Ausrüstungen und die Gründung von verarbeitenden Unternehmen eingesetzt. China habe sich verpflichtet, rd. 3 Mrd. USD in Form von Präferenzkrediten und 2 Mrd. USD als Exportkredite bereitzustellen.

Dass China für Afrikas Wirtschaftswachstum eine bedeutende Rolle spielt, betonte auch Louka Katseli, Direktor der

OECD während der ADB-Konferenz. Es gebe definitiv eine Verbindung zwischen dem Wirtschaftswachstum in Afrika in den letzten Jahren und der wirtschaftlichen Dynamik Chinas. (XNA, 12., 14., 16.5.07; FAZ, 21.5.07; BBC PF, 23.5.07; The Straits Times Interactive, 16.5.07)

Schwankungsbreite für Wechselkurs erhöht

Kurz vor Beginn des 2. Strategischen Wirtschaftsdialogs zwischen China und den USA kündigte die Zentralbank an, die Schwankungsbreite des Renminbi gegenüber dem US-Dollar auszuweiten. So wurde diese zum 21. Mai 2007 für den täglichen Spot-Handel auf dem Interbankmarkt von 0,3% auf 0,5% erhöht.

Die Zentralbank betonte, dass diese Entscheidung lediglich als ein weiterer Schritt im Rahmen der graduellen Reform des Wechselkursregimes sei und nicht der Beginn einer größeren Aufwertung: „The (widening) is a institution-building step. It certainly does not signify that there will be great volatility in the renminbi exchange rate, even less does it signify that there will be a large appreciation.“ (People’s Bank of China in FT, 19./20.5.07)

Der US-Dollar verlor in den letzten Monaten gegenüber dem Renminbi schrittweise an Wert. Hatte die Wechselkursrelation am 28.2.07 noch bei 1 USD:7,74 CNY gelegen, so veränderte sie sich auf 1 USD:7,64 CNY bis zum 28.2.07. Insgesamt stieg der Wert der chinesischen Währung gegenüber dem US-Dollar seit Juli 2005 um rd. 5%.

Mögliche negative Auswirkungen einer höheren Aufwertung des Wechselkurses werden für die Beschäftigung erwartet.

In einem kürzlich veröffentlichten Bericht des Arbeits- und Sozialministeriums wird von einem Verlust von Millionen von Arbeitsplätzen ausgegangen, sollte der Wechselkurs deutlich steigen.

So geht das Ministerium davon aus, dass bei einer Erhöhung des Wechselkurses zwischen 5 und 10% rd. 3,5 Mio. Arbeiter arbeitslos werden könnten und mindestens rd. 10 Mio. Bauern negative Auswirkungen spüren würden.

Die Branchen, die am härtesten von einer Aufwertung betroffen wären, sind nach Einschätzung des Ministeriums die Textil-, Bekleidungs-, Schuh-, Spielzeug- und Motorradindustrie. (XNA, 21., 29.5.5.97; FT, 19./20.5.07, HB, 29.5.07; SCMP, 11.5.07)

Binnenwirtschaft

Margot Schüller

Neue Befürchtungen einer wirtschaftlichen Überhitzung

Im 1. Quartal 2007 stieg das Bruttoinlandsprodukt um 11,1% gegenüber der Vorjahresperiode. Dies weiterhin sehr hohe Wachstum hat zu erneuten Befürchtungen einer wirtschaftlichen Überhitzung geführt. Chinas Ministerpräsident Wen Jiabao kündigte kurz nach der Veröffentlichung der Quartalsdaten an, dass die Regierung Maßnahmen ergreifen werde, um eine Überhitzung zu vermeiden. So soll die Kontrolle über Investitionen, Kredite, Exportwachstum und die Preisentwicklung verstärkt werden.

Im März erhöhten sich die Verbraucherpreise um 3,3% gegenüber dem Vormonat.

Die Preise lagen damit höher als die 3%ige Teuerungsrate, die von der Regierung angestrebt wird. Ursächlich für die Steigerung war vor allem die Verteuerung der Nahrungsmittel. Im Februar waren die Preise um 2,7% gegenüber dem Vormonat gestiegen.

Die Industrieproduktion wuchs in den ersten drei Monaten zwar etwas langsamer als zuvor, wies jedoch immer noch eine Wachstumsrate von 18,3% auf.

Die Investitionen nahmen ebenfalls deutlich schneller zu als vorgesehen. So betrug der Anstieg der städtischen Investitionen 25,3% im 1. Quartal 2007 gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres.

Zu den Maßnahmen, die Überhitzung der Wirtschaft zu vermeiden, zählt die erneute Erhöhung der Mindestreserve durch die Zentralbank. Ab dem 15. Mai 2007 müssen die Geschäftsbanken 0,5% mehr, also insgesamt 11%, Mindestreserve bei der Zentralbank halten. In einem Kommentar der Zentralbank wurde darauf hingewiesen, dass durch diese Erhöhung eine vernünftige Kreditentwicklung erreicht werden soll.

Nach Einschätzung von Zeng Gang, Wissenschaftler am Financial Research Institute der Chinese Academy of Social Sciences, wird durch die Erhöhung der Mindestreserve Liquidität in einem Umfang von 160 Mrd. CNY aus dem Markt genommen.

Auch über die Erhöhung der Zinsen wurde eine Entscheidung getroffen. Zum 18.3. erfolgte eine Anhebung der Zinsen für einjährige Kredite von 6,12% auf 6,39%; die Sparzinsen wurden für einjährige Einlagen von 2,52% auf 2,79% ange-